



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/138

Bonn, 18. Juni 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Frankfurter Tagung der sozialistischen Internationale	S. 1
Die Arbeit des "Mittelmeer-Ausschusses - Bericht aus Saloniki -	S. 4
<u>Das französische Wahlergebnis - Bericht aus Paris -</u>	S. 7
Zum Kotzen, Herr Major (Glosse)	S. 6

Markstein Frankfurt

Die Internationale des freiheitlichen Sozialismus

P.R. Der kommende Montag bringt den Auftakt zu der Internationalen Sozialistenkonferenz vom 27. Juni bis 3. Juli in Frankfurt a.M. Kommissionsberatungen, die vorangehen, dienen dem Zweck, den endgültigen Text vorbereiteter Entwürfe für ein Statut und eine Präzisionsklärung auszuarbeiten, über den die Vollversammlung beschliessen soll. Der vorgesehene Wortlaut der Präzisionsklärung enthält vorbildliche Sätze, die in ihrer Gesamtheit ein Programm von grosser moralischer und politischer Überzeugungskraft darstellen.

Nun hat - darüber soll man sich nirgends etwas vormachen - das Ansehen selbst der besten Programme in den letzten drei bis vier Jahrzehnten schweren Schaden gelitten, zu viele sind an der Wirklichkeit zerschellt. Die Erfahrung hat man auch mit sozialistischen Programmen gemacht. So hat der Kommunismus, dessen Form und Inhalt heute fast ausschliesslich der Kreml bestimmt, die sozialistische Tradition bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, er ist zu einem absoluten Dogmatismus erstarrt, zum Instrument einer rein imperialistischen, staatskapitalistischen Macht geworden. Wo immer er herrscht, hat er die Freiheit ausgerottet oder die Möglichkeit vernichtet, sie zu erringen.

Ohne Freiheit aber gibt es keinen Sozialismus. Der Sozialis-

mus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden. Auch dadurch unterscheidet sich dieser Sozialismus fundamental von dem sogenannten Lenins und Stalins. Deshalb ist es auch nicht richtig, von der in Frankfurt beabsichtigten Gründung der V. Internationale zu sprechen. In Wirklichkeit handelt es sich um die Fortentwicklung der I. und II. Internationale und ihrer Wiederbelebung durch die Sozialistische Arbeiter-Internationale 1923 in Hamburg. Die III. Internationale, 1919 in Moskau konstituiert, war ebenso wie die IV. trotzkistische eine rein kommunistische Angelegenheit. Die jetzige Fortentwicklung aber ist im Grunde nur die Wandlung aus dem Bereich ursprünglicher utopischer Vorstellungen über Wesen und Möglichkeiten einer sozialistischen Internationale zu sehr viel handfesteren, realeren Ansichten darüber. Während man im ersten Abschnitt der Bestrebungen um eine stärkere Zusammenfassung der sozialistischen Gruppen und Parteien in den einzelnen Ländern dem Prinzip der reinen internationalen Solidarität den ersten Platz einräumte, und glaubte, es stünde mehr oder weniger im Widerspruch zu nationalen Ansprüchen, haben fortschreitende Erkenntnis und Erfahrung den Gedanken an die erste Stelle gerückt, dass die nationale Gleichberechtigung eine unerlässliche Voraussetzung für einen anwendbaren Internationalismus ist.

Anderes kam hinzu: Zwei Weltkriege vor allem, die die sozialistischen Organisationen in vielen Ländern zerschlugen, dann die Entwicklung des Sozialismus in einzelnen Ländern von einer Protestbewegung gegen das kapitalistische System zu einer mächtigen staatsbildenden Kraft, wie in Gross-Britannien oder in den skandinavischen Ländern, eine Entwicklung, die ganz begriffliche Unterschiede zu den Ausgangspositionen der oppositionell gebliebenen sozialistischen Parteien schuf. Heute ist der Sozialismus eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassung verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung von den Erkenntnissen der marxistischen oder anderen Methoden der sozialen Analyse, oder von religiösen oder humanitären Gedanken ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der geistigen Freiheit und des Weltfriedens.

Natürlich bleibt die Frage entscheidend, wie gross die Bereit-

schaft und Fähigkeit der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern sind, aus Erkenntnissen und Postulaten dauernd praktische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg haben noch mehr als die nach dem ersten gezeigt, wie schwierig es ist, Restbestände eines in Kriegszeiten immer besonders üppig wuchernden Übernationalismus zu beseitigen. Das aber kann zu keiner anderen Schlussfolgerung als der führen, unermüdlich in diesem Bemühen zu sein. Fortschritte, die sich freilich in Grenzen hielten, wurden in dieser Richtung auch in den letzten Jahren erzielt. Diese neuen Ansätze zu einer gemeinsamen übernationalen sozialistischen Meinungsbildung sind durchaus entwicklungsfähig. Die Tage in Frankfurt sollen ein Markstein auf dem Weg zu diesem Ziel werden.

+ + +

Welchem Gott dient dieser Prediger?

Zu den in Landsberg hingerichteten "Rotjacken" gehörte auch Otto Ohlendorf, ehemaliger SSP-Brigadeführer, Leiter der "Einsatzgruppe B" in Russland und verantwortlich für 90.000 Morde dieser Einsatzgruppe. Ohlendorf berief sich dabei auf einen "Führerbefehl".

In Hoheneggelsen bei Hildesheim wurde die Leiche Ohlendorfs beigesetzt. Dabei nannte ein christlicher Prediger aus Marburg, Vertreter einer Sekte, "das Leben und Sterben Ohlendorfs eine Oster-Offenbarung".

Das ist also ein Vergleich mit Jesus, angestellt von einem offensichtlich geweihten Mann. Zur Illustration dieses Vergleichs zitieren wir wörtlich aus der gerichtsprötkollarisch festgehaltenen Aussage Ohlendorfs:

"Nach der Registrierung wurden die Juden an einem Ort zusammengefasst. Von da aus wurden sie an den Hinrichtungsort gefahren. Der war in der Regel ein Panzerabwehrgraben oder eine natürliche Gruft. Die Hinrichtungen wurden militärisch durchgeführt, durch Pelotons mit entsprechenden Kommandos".

Gefragt, warum auch die jüdischen Kinder hingerichtet wurden, sagte Ohlendorf: "Es war ja der Befehl, dass die jüdische Bevölkerung total ausgerottet werden sollte".

-dt.

+ + +

- 4 -

Unauffälliger, erfolgreicher Mittelmeerausschuss

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Saloniki, Mitte Mai

In der griechischen Hafenstadt Saloniki tagt zurzeit, so unauffällig, wie es seinem farblosen Namen entspricht, der "Mittelmeerausschuss". Aber dieser Ausschuss ist ein ungemein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Kommunismus. Er hat dabei schon manchen Sieg erfochten, der nicht weniger wichtig dadurch war, dass man kaum von ihm sprach. Was hat es mit diesem Mittelmeer-Ausschuss auf sich?

Seit anderthalb Jahren arbeitet er mit Sitz in Marseille und Paris. Es ist ein Gremium besonderer Art, dem es gelang, in täglicher und stiller Kleinarbeit sowohl in Frankreich wie in Italien Hafentarbeiter und Seeleute kommunistischem Terror und Einfluss mehr und mehr zu entziehen. Nur dadurch war es möglich, dass amerikanische Waffenlieferungen in sämtlichen französischen und italienischen Häfen trotz heftiger kommunistischer Proteste fast völlig reibungslos ausgeladen wurden und werden. Dieses Ergebnis ist also die Frucht der Arbeit des Mittelmeer-Ausschusses, der vom Internationalen Transportarbeiterverband ins Leben gerufen wurde und zurzeit von einem französischen Gewerkschaftler und ehemaligen stellvertretenden Bürgermeister von Marseille, Ferri-Pisani, geleitet wird.

Der Mittelmeer-Ausschuss hängt von keiner Gewerkschaftszentrale ab und geht seine eigenen Wege. Sein erster Erfolg war die Abkehr der Docks von Cherbourg von der kommunistischen Gewerkschaft C.G.T. Als zweite Etappe ist die Ausschaltung des kommunistischen Monopols im Hafen von Marseille zu nennen. Die Methoden des Mittelmeer-Ausschusses entziehen sich aus begreiflichen Gründen der Öffentlichkeit, sie haben mit dem traditionellen Gewerkschaftsleben nur wenig zu tun. Es handelt sich bei den verantwortlichen Persönlichkeiten um eine ausgesprochene Kampftruppe, die sich genau der kommunistischen Taktik anpasst und sich weniger von Prinzipien leiten lässt, als von der Notwendigkeit, erfolgreich den Kommunismus zu bekämpfen.

Der Mittelmeer-Ausschuss hat inzwischen begonnen, seine Tätigkeit auch auf die Luftschifffahrt und die Eisenbahnen auszudehnen,

mit der Absicht, in gleichem Sinne in nächster Zukunft zusätzlich den Strassenverkehr zu organisieren.

Wenn der Ausschuss jetzt gerade in Saloniki zusammentrat, so ist das kein Zufall. Nach der Bereinigung der Verhältnisse im westlichen Mittelmeer und an der französischen Atlantikküste will man jetzt das Schwergewicht der Tätigkeit auf das östliche Mittelmeer verlegen, mit Blickrichtung auf den Mittleren Osten. Ein Teil der griechischen Kommunisten flüchtete nach dem Zusammenbruch der Rebellion hinter den Eisernen Vorhang. Diese heimat- und hoffnungslosen Elemente werden nun von den Oststaaten als Agenten verschiedenster und gefährlichster Art verwendet. In der Tschechoslowakei befindet sich bereits zu ihrer Ausbildung eine besondere Schule. Voraussichtlich werden sie zur Wählerarbeit vorwiegend im östlichen Mittelmeer eingesetzt. Der Mittelmeer-Ausschuss will nunmehr versuchen, diese griechischen Flüchtlinge, die teilweise mit ihrem harten Schicksal unzufrieden sein müssen, entweder in normale Bahnen zu bringen oder durch ihre Entlarvung zu neutralisieren. Auf völlig anderer Ebene soll die Tagung von Saloniki dazu beitragen, die Eingliederung Griechenlands und der Türkei in die atlantische Gemeinschaft zu beschleunigen. Auch ein türkischer Gewerkschaftsvertreter nimmt teil.

Ein weiterer, heikler Punkt ist Jugoslawien. Der Mittelmeer-Ausschuss wäre grundsätzlich bereit, sowohl mit Jugoslawien wie mit Spanien zusammenzuarbeiten. Das Haupthindernis besteht darin, dass es in beiden Ländern keine Gewerkschaftsbewegung im westlichen Sinne gibt. Trotzdem will man versuchen, mit den Anhängern Titos Verbindung aufzunehmen und hofft hierfür in Griechenland einen günstigen Ausgangspunkt zu finden. Das trifft besonders für Saloniki zu, welches für die Versorgung Jugoslawiens mit amerikanischen Waren eine entscheidende Rolle spielt. Dem Mittelmeer-Ausschuss gilt Saloniki auch als Angriffspunkt für den von den Sowjets beherrschten Teil des Balkan. Das erste Ziel ist Bulgarien, wo eine erfolgreiche Arbeit durchaus als möglich gilt. Radio Saloniki hat bereits Propagandasendungen nach Bulgarien aufgenommen. Im Mittleren Osten schliesslich ist es wichtig, den immer stärker werdenden Nationalismus von seinen kommunistischen Begleiterscheinungen zu befreien, d.h., die ungewöhnlich geschickt arbeitenden Agenten Moskaus zu entlarven.

Der Mittelmeer-Ausschuss geht damit offensichtlich über den ihm

zuerst gesteckten Rahmen seiner Arbeit weit hinaus. Er ist dazu durch seinen Erfolg berechtigt, ebenso wie durch die Erkenntnis, dass man die im Kampf gegen den Kommunismus anzuwendenden Methoden und zu bearbeitenden Gebiete nicht abzustechen vermag.

+ + +

Zum Kotzen, Herr Major...

(sp) Offenbar ist er unausrottbare. Auch in Bonn spriesst er wieder, in privaten Zirkeln, ministeriellen Dienststräumen und sogar auf Pressekonferenzen. Er war nur scheinot, er ist wieder da - der Kommiss-Jargon. Zum Kotzen, Herr Major...

Mit den ersten Gesprächen über einen möglichen deutschen Militärbeitrag und der Aufstellung der ersten Grenzschatzeinheiten tauchte er auch auf der höheren Ebene aus der Versenkung des Zusammenbruchs empor. Ein Ministerialdirektor im Dienst sagt noch schlicht mit jener unerfreulichen Mischung von Jovialität und Bemühen um Distanz: "Auch mal 'ne Kompagnie durch 'en Dreck geführt, verstehe die Leute". Bei einem Ex-General im neuen Dienst klingt es bereits akzentuierter: "Na, wern den Laden schon schmeissen, wär ja gelacht". Ein anderer hochgestellter und vielgenannter Mann erklärte im vorigen Monat einem dienstlichen Besucher brüsk: "Nehmen Sie die Hacken zusammen, wenn Sie mit mir sprechen, ich bin General". Er war es einmal und glaubte bereits, es wieder zu sein. In einem privaten Kreis mit einigen literarischen Ambitionen, in dem Jürgers 'Strahlungen' inzwischen die Marmorklippen' abgelöst haben, kommt die Frage: "Auch Offizier gewesen? Nein? - Leicht ermunterndes Schulterklopfen: "Na, aber in Russland waren Sie doch wenigstens? Nein? Naja, jabs ja auch". - Kurze Kehrtwendung, kalte Schulter.

Auf einer Pressekonferenz Juni 1951 sind Polizisten keine Polizisten mehr, es sind Leute, Männer, oder Kerle. Handelt es sich um mehrere zusammen, ist es gutes oder schlechtes Material. - Einige Wendungen bei anderen Anlässen, die im Gedächtnis haften blieben: "Wissen Sie, Heuss, Adenauer, gewiss nette alte Herren, aber leider nie Soldaten gewesen, Adenauer sieht wenigstens so aus. - Oder: Bonn - ne, kann mich nicht begeistern. Das Ganze keine Disziplin, wird nie 'en Staat wern. Macht jeder, was er will. Aber wir sind ja auch noch da, wern die Karre schon wieder aus'm Dreck ziehn. -

Wenn man die Augen offenhält, kann man solche Sprachblüten auf unserer bunten demokratischen Wiese jeden Tag pflücken, zu ganzen Sträussen. - Gefällt uns garnich, is uns zu nassforsch. Ziviler Ton sollte allmählich Terrain gewinnen. Ministerial- und andere Beamte führen nicht mehr Kompagnien und Haufen. Das Volk will keine Kommissköpfe mehr. Hat Schrause voll.

+ + +

Vereinfachte Gliederung

Zum französischen Wahlergebnis

von Alfred Frisch-Paris

Das wesentliche Merkmal der französischen Parlamentswahlen liegt vielleicht in ihrem Mangel an Sensationen. Die Sitze verteilen sich fast gleichmässig auf die sechs politischen Hauptgruppen, d.h. die beiden extremen zur Rechten und zur Linken - Gaullisten und Kommunisten -, die drei Mittelparteien - Sozialisten, Volksrepublikaner und Radikalsozialisten - und schliesslich die republikanisch-konservativen Unabhängigen, die die klassische französische Rechte bilden. Alle Splittergruppen zur Rechten wie zur Linken sind verschwunden. Sie fanden bei der Wählerschaft viel weniger Zuspruch als selbst von ihren Gegnern erwartet wurde.

Zweifellos zogen die Regierungsparteien aus dem Wahlsystem Nutzen, allerdings in viel geringerem Umfang als vorgesehen. Sowohl die Sozialisten, als auch die Volksrepublikaner überraschten durch ihre Widerstandskraft. De Gaulle und sein Stab werden nunmehr etwas bescheidener werden müssen. Es gelang ihnen in keiner Weise, die bürgerliche Mitte zu zerschlagen. Trotz günstigster Bedingungen vereinigen die Gaullisten kaum ein Fünftel der abgegebenen Stimmen auf sich, d.h., gute 40 Prozent weniger als zu der Zeit, in der der General seinen autoritären Machtanspruch anmeldete und der Vierten Republik den Krieg erklärte. Während die Volksrepublikaner den Beweis lieferten, dass ihnen ein beachtlicher Wählerstock treu geblieben ist, verteidigten sich die Sozialisten zum erstenmal erfolgreich gegen die Kommunisten und verhinderten gleichzeitig die Splittergruppen der Linken, einen nennenswerten Teil der Linksstimmen auf sich zu vereinigen. Das Wiedererstarken der klassischen Rechten in Form von Radikalsozialisten und Unabhängigen ist eine normale Erscheinung und gibt dem französischen politischen Leben wieder eine gewisse Stabilität.

Die wichtigste Frage ist natürlich die Stellung des Kommunismus in Frankreich. Ein starker Mandatsverlust wird zwar die Arbeit des zukünftigen Parlaments wesentlich erleichtern, rein politisch ist er jedoch kein Maßstab. Entscheidungen sind die abgegebenen

Stimmen. Soweit es die noch unvollständig vorliegenden Statistiken gestatten, ist gegenüber 1946 ein leichter Rückgang festzustellen. Er verstärkt sich etwas durch das Ausfallen der getarnten kommunistischen Stimmen. Es wäre aber zu optimistisch, von einer Schwächung des Kommunismus in Frankreich zu sprechen. Man kann lediglich sagen, dass der Kommunismus in Frankreich trotz der materiellen Notlage der Massen keine Fortschritte mehr macht und ausserdem einen Teil seiner bäuerlichen Wähler verlor. Damit hat die kommunistische Gefahr in Frankreich ihren Höhepunkt überschritten. Das gleiche gilt für den Gaullismus, dem es übrigens überhaupt nicht gelang, südlich der Loire Fuss zu fassen.

Sämtliche Minister sind zwar in das neue Parlament zurückgekehrt. Ob sie auch in der Regierung bleiben werden, ist eine andere Frage. Die aus wirtschaftspolitischen Gründen unglückliche Ehe der Koalitionsparteien dürfte allerdings zunächst vor der Scheidung bewahrt bleiben, da keine andere Mehrheit vorstellbar ist, solange sich die Gaullisten nicht dazu entschliessen, nur als Partei und nicht als Herren in eine Rechtskoalition einzutreten. Dafür scheint die Zeit noch nicht reif zu sein. Der nächste Ministerpräsident könnte also wieder Quattrone sein.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau